

Landwirtschaftsminister Schmidt im Nürnberger Presseclub

Mehr Bio, weniger Vergeudung

VON MICHAEL KNISS

Lebensmittelüberwachung, Glyphosat in der Landwirtschaft, Qualitäts- und Herkunftsnachweise oder Lebensmittel-Ampel – die Liste an Themen, die es für Christian Schmidt als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft zu bewältigen gilt, ist lang. Im Presseclub Nürnberg stellte sich der CSU-Politiker aus Oberzenn den Fragen von NZ-Chefredakteur Stephan Sohr.

NÜRNBERG – Ernährung oder Landwirtschaft? Die Frage, welcher Bereich ihn derzeit mehr fordert, könne er zwar nicht beantworten, stellte Christian Schmidt klar. Sicher sei dagegen: „Die Ernährung ist ein Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnt.“ Für manche sei die Ernährung von quasi-religiöser Bedeutung. Auch die Befassung mit der Landwirtschaft habe sich gewandelt – weg von reiner Agrarpolitik hin zu einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Der Minister unterstrich deshalb seine Forderung nach mehr Ernährungsbildung im Schulunterricht, um die Urteilsfähigkeit der Verbraucher zu verbessern.

Der Lebensmittel-Ampel erteilt Christian Schmidt dagegen erneut eine Absage: Diese kläre nur scheinbar über den gesundheitlichen Wert eines Produkts auf und sei in seinen Augen eine unzulässige Vereinfachung. Stattdessen plädierte der Ernährungsminister für eine abgestufte Verbraucherinformation: Neben einer kurzen und präzisen Basis auf der Lebensmittelpackung selbst sprach er sich dafür aus, Informationsbedürfnissen auf einer höheren Ebene nachzukommen. Ein für ihn denkbarer Weg: das Einbinden von digitalen QR-Codes. Gleichzeitig erneuerte er



NZ-Chefredakteur Stephan Sohr befragt Minister Christian Schmidt (re.). Foto: Michael Matejka

seine Forderung nach der Ablösung des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein realistisches Verbrauchsverfallsdatum, um die Lebensmittelverschwendung zu bremsen. Handlungsbedarf sieht Christian Schmidt zudem bei überdimensionierten Packungsgrößen im Handel. Diese dienen nur dazu, dass mehr verbraucht und mehr weggeworfen werde.

Auch ein weiterer, für den Verbraucher oft nicht zu durchschauender Dschungel soll nach dem Willen des Ministers gelichtet werden: „Statt dem Wirrwarr aus unterschiedlichsten Siegeln, Qualitäts- und Herkunftsnachweisen der Lebensmitteleinzelhandelsketten benötigen wir objektiverbare Kriterien, die institutionalisierte Werbeaussagen ablösen.“ Mit einem staatlichen Label, dem die Verbraucher vertrauten, sei es möglich, nach Tierwohl-Kriterien erzeugtes Fleisch eindeutig zu kennzeichnen und dafür die notwendigen Mehrprei-

se durchzusetzen. Gleichzeitig betonte Schmidt sein Ziel, die Ökofläche in Deutschland bis 2020 fast zu verdreifachen: „20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche soll bis dahin ökologisch bewirtschaftet werden, um den wachsenden Bedarf an Bio-Lebensmitteln stärker durch heimische Öko-Produkte abdecken zu können.“ Nach dem Streit in der Bundesregierung über sinkende Schadstoff-Grenzwerte für Bio-Lebensmittel machte Schmidt seinen Standpunkt klar: „Mir geht es um einen ganzheitlichen Ansatz in der Produktionsweise. Die Betriebe stehen

vor der Herausforderung, eine immer größer werdende Nachfrage bedienen zu müssen und dabei nicht ihre Seele zu verlieren.“

Dasselbe gilt für den weiteren Disput mit seiner Kabinettskollegin, Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die sich gegen die von der EU-Kommission vorgeschlagene Zulassung des Unkrautvernichters Glyphosat stellt. Anders als Christian Schmidt: Der CSU-Politiker ist für eine Verlängerung der Genehmigung. Er verwies dabei erneut auf wissenschaftliche Untersuchungen der zuständigen deutschen und europäischen Behörden. Gesprächsbedarf sieht der Minister auch in Bezug auf die Kontrolle von Lebensmitteln. „Es ist nach wie vor ein Problem, dass wir bundesweit keinen einheitlichen Bußgeldkatalog haben und uns in der Koalition über keine Form der rechtssicheren Veröffentlichung von Verstößen einigen konnten“, kritisierte er.